

DER SPRINGENDE PUNKT

Nürnberg.

SPD



» NUR MIT FRAUEN GELINGT DIE INTEGRATION

» 90. JAHRESTAG DES FASCHISTISCHEN ÜBERFALLS

» KZ DACHAU: „SCHULE DER GEWALT“

JAHRESHAUPT-VERSAMMLUNG 2023

Liebe Leserinnen,
liebe Leser,



die SPD Nürnberg hat einen neuen Vorstand gewählt. Ich danke den Delegierten für das in uns gesetzte Vertrauen. Gemeinsam mit meinen Stellvertretern, Kerstin Gardill und Bernd Hampel sowie dem gesamten Vorstand freue ich mich auf zwei weitere Jahre an der Spitze der Partei.

Soziale Politik für Deine Stadt - das ist unser gemeinsames Ziel. Auf unserem Parteitag Ende März haben wir wichtige Weichen gestellt. Unser Leitantrag zum Thema „Fachkräfte sichern - Wohlstand erhalten“ hat viel mediale Resonanz und Zustimmung in der Stadt erhalten. Wir werden den Wandel sozial gestalten - nicht bremsen. Wir treten an für die soziale und ökologische Transformation. Nürnberg muss Industriestadt bleiben - für Wohlstand und gute Arbeitsplätze.

Gemeinsam mit dem gesamten Rathaus- team unter Fraktionsvorsitzender Christine Kayser, Bürgermeister Christian Vogel, unseren Abgeordneten und Kandidat*innen werden wir in den nächsten Monaten alles daran setzen, dass Soziale Politik für deine Stadt umgesetzt wird. Und gemeinsam kämpfen wir 2026 für unser Comeback.

Euer

Nasser Ahmed



v.l.n.r.: Bernd Hampel, Dr. Nasser Ahmed und Kerstin Gardill. Foto: R. Löster

Am 25. März fand die diesjährige Jahreshauptversammlung der SPD Nürnberg statt. Rund 200 Delegierte kamen ins Uhrenhaus der N-Ergie, um einen neuen Unterbezirksvorstand zu wählen und Beschlüsse zu fassen.

Dr. Nasser Ahmed wurde erneut zum Vorsitzenden gewählt. Die Delegierten bestätigten den Stadtrat und stellvertretenden Generalsekretär der BayernSPD mit 87 Prozent für weitere zwei Jahre in seinem Amt. Seine Stellvertreter*innen bleiben wie bisher Kerstin Gardill (79 Prozent) und Bernd Hampel

(93 Prozent), die mit hoher Zustimmung wiedergewählt wurden. Der amtierende Schatzmeister, Carl Veldman, erhielt von den Genoss*innen ebenfalls das Vertrauen für eine weitere Amtszeit.

„Wir sind dankbar über das entgegengebrachte Vertrauen der Partei! In den kommenden zwei Jahren haben wir viel vor. Wir bereiten uns auf unser Comeback bei der Stadtrats- und OB-Wahl vor. Unser Motto lautet Soziale Politik für Nürnberg“, freuen sich die wiedergewählten Vorsitzenden. >>

Darüber hinaus wurden turnusmäßig auch die Beisitzer*innen, die Revision und die Vertreter*innen der Arbeitsgemeinschaften im Unterbezirksvorstand gewählt. Ebenso die Delegierten für die Parteitage auf Bezirks-, Landes- und Bundesebene.

Die SPD Nürnberg durfte hochkarätige Gäste und Ehrengäste auf ihrer Jahreshauptversammlung begrüßen. Der Präsident der IHK Nürnberg für Mittelfranken Dr. Armin Zitzmann, der DGB-Geschäftsführer für Mittelfranken Stephan Doll, die Vorstandsvorsitzende des AWO-Bezirksverbands Ober- und Mittelfranken Sonja Borzel, die Nürnberger Bundestagsabgeordnete Gabriela Heinrich und Christine Kayser als neue Fraktionsvorsitzende der SPD-Stadtratsfraktion gaben den Anwesenden wichtige inhaltliche Impulse in ihren Grußworten mit auf den Weg für das kommende Jahr.

Unsere Nürnberger Bundestagsabgeordnete und stellv. Vorsitzende der Bundestagsfraktion, Gabriela Heinrich, stellte eine Resolution mit dem "Solidarität mit der Ukraine – umfassende Reaktionen auf den Angriffskrieg Russlands" vor. Die SPD Nürnberg hält darin unter anderem fest, dass ein Angriffskrieg auf einen souveränen Staat durch nichts zu rechtfertigen ist. Es wird ein umgehendes Ende dieses sinnlosen Blutvergießens mitten in Europa gefordert. **Deutschland muss weiterhin die Ukraine umfassend unterstützen: finanziell, humanitär, bei der Wiederherstellung zerstörter Infrastruktur, mit einer Willkommenskultur in Deutschland gegenüber Geflüchteten und auch weiterhin mit der Lieferung von Waffen, damit sich die Ukraine selbst gegen den Angriff verteidigen kann.** Die Nürnberger SPD spricht sich dafür aus, alle diplomatischen Möglichkeiten zu nutzen, um einen nachhaltigen Frieden zu befördern. Die Nürnberger Sozialdemokratie steht weiterhin für die Abrüstung in nuklearer und konventioneller Hinsicht. Gleichzeitig hat der russische Angriff auf die Ukraine deutlich gemacht: Demokratie muss sich selbst verteidigen können – nach innen wie nach außen.

Unsere Landtagskandidat*innen Arif Taşdelen, Aynur Kir, Claudia Arabackyj und Michael Ziegler stellten den diesjährigen Leitantrag zum Thema Fachkräftemangel vor. Mehr dazu findest Du auf Seite 4.

Aus den Ortsvereinen, Arbeitskreisen und Arbeitsgemeinschaften wurden in diesem Jahr wieder zahlreiche Anträge eingereicht, die sich mit aktuellen Themenstellungen unserer Gesellschaft beschäftigen. Die SPD Nürnberg blieb sich dabei in ihrem Anspruch als Volkspartei treu und ließ kein Politikfeld bei der Antragsberatung aus.

JAHRESHAUPTVERSAMMLUNG DER SPD NÜRNBERG

DIE WAHLERGEBNISSE IM ÜBERBLICK

Wahl des Vorsitzenden

Dr. Nasser Ahmed

Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden

Kerstin Gardill, Bernd Hampel

Kassier

Carl Veldman

Wahl der Beisitzer*innen

Oguz Akman
Canan Candemir
Marco Knoll
Sabine Knuhr
Diana Liberova
Elisabeth Ries
Thorben Starke
Yasemin Yilmaz
Michael Ziegler

Vertreter*innen der Arbeitsgemeinschaften

Lutz Egerer (AfA)
Margaret Jankowsky (ASF)
Abdurrahman Gümrükcü (AG 60+)
Anil Altun (Jusos)

Wahl der Revisor*innen

Helga Lehneis-Maier
Sandra Manthey
Samuel Treziak

Wahl der Delegierten zum Bezirksparteitag

Anil Altun
Claudia Arabackyj
Rosemarie Bayer
Horst Bielmeier
Thorsten Brehm
Kerstin Gardill
Johanna Grieb
Abdurrahman Gümrükcü
Bernd Hampel
Thomasb Hampel
Margaret Jankowsky
Christine Kayser
Kevin Kienle
Horst Krömker
Claudia Kupfer-Schreiner
Diana Liberova
Sandra Manthey
Maximilian Mayer

Fabian Meissner

Theresa Nöth
Leon Seeberger
Dieter Spetzke
Thorben Starke
Matthias Ursinus
Nadja Wagner
Sebastian Wichert
Yasemin Yilmaz
Michael Ziegler

Wahl der Delegierten zum Landesparteitag

Ahmed Nasser
Altun Anil
Arabackyj Claudia
Bieswanger Jasmin
Brehm Thorsten
Gümrükcü Abdurrahman
Heinrich Gabriela
Kir Aynur
Liberova Diana
Manthey Sandra
Schwegler Michaela
Strogies Victor
Ziegler Michael

Vorschläge

Kleiner Landesparteitag
Die SPD Nürnberg schlägt dem Bezirksparteitag als Delegierte vor:
Aynur Kir
Dieter Spetzke
Abdurrahman Gümrükcü

Bundesparteitag

Die SPD Nürnberg schlägt dem Bezirksparteitag vor:
Dr. Nasser Ahmed
Thorsten Brehm
Victor Strogies
Michael Hauck
Dieter Spetzke
Sandra Manthey
Canan Candemir

Parteikonvent

Die SPD Nürnberg schlägt dem Bezirksparteitag vor:
Dr. Nasser Ahmed
Landesvorstand
Die SPD Nürnberg schlägt Dr. Nasser Ahmed als stv. Generalsekretär vor.



Fotos: R. Löster

FACHKRÄFTE SICHERN – WOHLSTAND ERHALTEN

WIR STÄRKEN DEN
WIRTSCHAFTSSTANDORT
NÜRNBERG

Der Leitantrag zur diesjährigen Jahreshauptversammlung wurde maßgeblich von unseren Nürnberger Landtagskandidat*innen Arif Taşdelen, Aynur Kir, Claudia Arabackyj und Michael Ziegler mitgestaltet und setzt sich mit dem Thema Fachkräftemangel auseinander. Ein Thema, das in den nächsten Jahren jede Menge Herausforderungen mit sich bringen wird. Wir als SPD Nürnberg wollen dieses Thema nachhaltig anpacken, denn die Folgen eines drohenden Fachkräftemangels werden sich in allen gesellschaftlichen Bereichen bemerkbar machen, wenn wir uns nicht um langfristige Lösungen kümmern.

Unsere Wirtschaft und unsere Gesellschaft befinden sich in Transformationsprozessen mit langfristiger Wirkung. Energie- und Verkehrswende seien hier als Beispiele genannt. Diese Prozesse stellen den Arbeitsmarkt bundesweit wie auch vor Ort vor große Herausforderungen – erste Vorzeichen eines Fachkräftemangels und gewandelte Kompetenzbedürfnisse sind schon jetzt spürbar. Bereits kurz- und mittelfristig, und somit die Entwicklungen dynamisch begleitend, ist daher unser Ziel Arbeitsplätze in der notwendigen Quantität und Qualität in Nürnberg und der Region zu erhalten. Auf diese Weise wollen wir die Wertschöpf-

fung vor Ort über alle Transformationsprozesse hinaus sichern.

In Nürnberg gibt es einen besonderen Handlungsbedarf. Die SPD-Landtagsfraktion hat eine Studie in Auftrag gegeben, welche sehr besorgniserregende Zahlen für die Region zutage brachte: die Prognose der Forscher*innen besagt, dass bis 2040 vor allem in Franken ein starker Arbeits- und Fachkräftemangel zu erwarten ist. Dieser bedroht den wirtschaftlichen Wohlstand vor allem in unserer Region.

Wir sind die Partei der guten Arbeit

In einer Stadt wie Nürnberg mit einem inzwischen großen Dienstleistungssektor darf trotzdem das produzierende Gewerbe nicht verschwinden. Vorrang hat für uns die Ansiedlung von Arbeitsplätzen, die besonders nachhaltige Beschäftigungschancen bieten. Nürnberg muss weiterhin ein attraktiver Standort für die Ansiedlung qualitativ hochwertiger Arbeitsplätze in den Betrieben und im öffentlichen Dienst bleiben. Dabei spielen die entstehende Technische Universität, unsere weiteren Hochschulen und Fakultäten, ein gutes Bildungswesen der Stadt, sowie die weitere Förderung des digitalen Standortes Nürnberg zentrale Rollen. Ein enger Austausch mit den Unternehmen unserer Stadt über deren Bedürfnisse und zu schaffende Voraussetzungen für die Schaffung und den Erhalt von Arbeitsplätzen, bildet die Grundlage für gute Arbeit.

Insbesondere wollen wir deswegen vorhandene Niederlassungen von großen Unternehmen sichern und wenn möglich, die Vorstände zum Ausbau bewegen. Der Erhalt und die Ansiedlung von Arbeitsplätzen müssen jedoch mit guten Arbeitsbedingungen Hand in Hand gehen. Deshalb stehen wir als SPD an der Seite der Beschäftigten, der Gewerkschaften und der Betriebs- und Personalräte. Gesetzliche Mindeststandards reichen nicht aus. Wir brauchen flächendeckend Tarifver-

träge mit guten Löhnen, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Das gilt natürlich auch für Nürnberg.

Fachkräftemangel als Bedrohung politischer Projekte

Unser Blick gilt jedoch in gleichem Maße den hier ansässigen Kleinen und Mittleren Unternehmen (KMU). Gerade bei der Überwindung der Klimakrise, braucht es ein leistungsfähiges Handwerk und eine funktionierende Baubranche. Auftragsstaus behindern das Anbringen von Photovoltaik-Anlagen, dem Bau von CO2-neutralen Häusern und weiteren Infrastrukturen. Auch weitere, zentrale politische Projekte, wie etwa der Wohnungs- und Schulbau hängen stark von einer funktionsfähigen Bauwirtschaft und dem Handwerk ab. Der hier stattfindende Fachkräftemangel bedroht somit auch zentrale politische Projekte der SPD.

Fachkräftemangel in sozialen Berufen geht uns alle an

Ein weiterer Bereich, in dem schon seit vielen Jahren ein hoher Fachkräftemangel herrscht, sind die sozialen Berufe, allen voran der Pflegebereich. Pflegebedürftige, Pflegende und Angehörige leiden hierunter bereits heute. Die SPD hat zur Behebung des Personalmanagements in der Pflege bereits seit Jahren gute Konzepte, an die angeknüpft werden kann.

Die Kommune ist der Ort, an dem Fachkräfte leben.

Gerade wenn wir uns das Thema Fachkräftemangel vor Ort unter einer kommunalen Perspektive ansehen, hat dieser nicht nur wirtschaftspolitische Gründe, sondern ist auch Ergebnis gesellschaftlicher und sozialer Faktoren. Die Kommunen sind Wohnort, Bildungsort und als Arbeitgeberin selbst vom Fachkräftemangel bedroht und in manchen Feldern bereits betroffen. Die Kommunen bieten die Infrastruktur, die notwendig ist, um Fachkräfte zu mobilisieren, anzuziehen und zu halten. Bezahlbarer Wohnraum, Kinderbetreuung und Freizeitangebot sind längst zu harten Entscheidungskriterien in der persönlichen Entscheidung vieler Fachkräfte geworden, an welchem Ort sie sich niederlassen.

Wir haben konkrete Forderungen an die Bundes-, vor allem aber an die Landespolitik formuliert, die Kommunen bei den Herausforderungen in diesen Feldern deutlich stärker zu unterstützen.

Auf www.spd-nuernberg.de findest Du den ganzen Leitantrag im Wortlaut zum Nachlesen.

von GABRIELA HEINRICH, MdB

Zu dieser Podiumsdiskussion lud ich gemeinsam mit meiner Bundestagskollegin Rasha Nasr, stv. Sprecherin der AG Migration und Integration sowie Arbeit und Soziales ein. Gemeinsam mit Elisabeth Ries, Sozialreferentin der Stadt Nürnberg und Canan Candemir, Vorsitzende der AsF Nürnberg diskutieren wir mit rund 50 interessierten Gästen darüber, wie die Integration und Teilhabe von geflüchteten und zugewanderten Frauen gestärkt werden kann.

Denn Fakt ist: Noch immer sind geflüchtete und zugewanderte Frauen auf dem deutschen Arbeitsmarkt, in Sportvereinen, aber auch in Parlamenten deutlich unterrepräsentiert. Und das obwohl sie oft über die beruflichen Qualifikationen und Potentiale verfügen und eine hohe Motivation mitbringen, sich aktiv in die Gesellschaft einzubringen.

Doch woran liegt das?

Das liegt zum einen an der unbezahlten Care-Arbeit, weiß Rasha Nasr, die sich im Deutschen Bundestag mit den Themen Arbeit und Soziales beschäftigt. Frauen mit und auch ohne Migrationshintergrund übernehmen immer noch den Löwenanteil bei der Betreuung der Kinder und Pflege von Angehörigen. Das führt häufig dazu, dass Frauen dann zu Hause bleiben oder wenn überhaupt nur in Teilzeit arbeiten. Neben den individuell-familiären Hürden wie einer klassischen Rollenverteilung nannte Rasha Nasr auch strukturelle Hürden, die Frauen die Integration in die Aufnahmegesellschaft noch immer erschweren. Fehlende Kinderbetreuung beim Träger der Integrationskurse, insbesondere für Mütter mit Kleinkindern sowie unsichere Bleibeperspektiven für geflüchtete Menschen. Aber auch die Anerkennung von ausländischen Bildungsabschlüssen und der stark reglementierte Arbeitsmarkt in Deutschland erschweren den Zugang zum Arbeitsmarkt. Daraus ergeben sich insbesondere für geflüchtete Frauen Schwierigkeiten, einer qualifikationsgerechten Beschäftigung nachzugehen.

Das bestätigte auch Elisabeth Ries, die aus Sicht der Stadt Nürnberg die besonderen Herausforderungen der Integrationsarbeit hervorhob. „Es ist oft mühselig herauszufinden, welcher Beruf reglementiert ist und welcher nicht und ob die Abschlüsse jetzt von der Regierung von Oberbayern oder von der IHK oder von einer Hochschule anzuerkennen sind.“ Auch Kinderbetreuung sei tatsächlich ein schwieriges Feld, so Elisabeth Ries, „da wir dort in unterschiedliche Regelwerke fallen, die von ihrer politischen Intention zwar gut gemeint sind, aber nicht immer ineinandergreifen.“ Insgesamt seien aber deutliche Fortschritte in der Integrationspolitik erfolgt, wie etwa im Bereich der Integrationskurse, ergänzte Elisabeth Ries.



NUR MIT FRAUEN GELINGT DIE INTEGRATION

WIE KANN DIE ROLLE DER FRAUEN BEI DER
INTEGRATION GESTÄRKT WERDEN?

v.l.n.r.: Gabriela Heinrich,
Rasha Nasr, Canan Candemir,
Elisabeth Ries.

Bei der politischen Partizipation und Parteimitgliedschaft sieht es nicht viel anders aus. Auch dort sind zugewanderte und geflüchtete Frauen deutlich unterrepräsentiert. Welchen Aufwand es bedeutet, sich ehrenamtlich bei der Partei, einzubringen weiß auch Canan Candemir. Sie nannte als strukturelle Hindernisse vor allem die fehlende Vereinbarkeit von Familie, Beruf und politischem Engagement, homogene Parteikulturen und -strukturen, Diskriminierungserfahrungen und eingeschränkte rechtliche Möglichkeiten wie eine ausländische Staatsangehörigkeit.

Neuanfang in der Integrations- und Migrationspolitik

In der Ampel-Koalition machen wir jetzt in der Integrations- und Migrationspolitik einen Neuanfang, der genau diese Integrationshürden im Blick hat. Wir werden die Integrationsmöglichkeiten von zugewanderten und geflüchteten Menschen deutlich ausbauen und von Anfang an fördern. Davon profitieren auch Frauen. Die ersten Weichen haben wir mit dem ersten Migrationspaket schon gestellt.

Allen Asylbewerber_innen unabhängig von der Bleibeperspektive soll zukünftig der Zugang zum Integrationskurs und zu Berufssprachkursen im Rahmen verfügbarer Plätze offenstehen.

Geduldete Menschen erhalten ein einjähriges Chancen-Aufenthaltsrecht, wenn sie am 1. Januar 2022 seit fünf Jahren in Deutschland gelebt haben, sich zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung bekennen und nicht straffällig geworden sind. Sie haben dann ein Jahr Zeit, die Voraussetzungen für ein reguläres Bleiberecht zu erfüllen, insbesondere die Sicherung des Lebensunterhalts, Kenntnisse der deutschen Sprache und den Identitätsnachweis. Damit beenden wir die unsägliche Praxis der Kettenduldungen und schaffen faire Perspektiven.

Darüber hinaus werden bestehende Bleiberechtsregelungen so angepasst, dass mehr Menschen davon profitieren können. Gut integrierte Jugendliche sollen dann nach drei Jahren Aufenthalt in Deutschland und bis zum 27. Lebensjahr die Möglichkeit für ein Bleiberecht bekommen. Besondere Integrationsleistungen von Geduldeten werden gewürdigt, indem ihnen künftig nach sechs Jahren oder schon nach vier Jahren bei Zusammenleben mit minderjährigen Kindern ein Bleiberecht eröffnet wird. Die Voraufenthaltszeiten werden damit um jeweils zwei Jahre reduziert.

Und auch an der Erwerbsmigration und Anerkennung von Berufsabschlüssen arbeiten wir gerade. Wir möchten Fachkräften die Einwanderung erlauben, auch wenn der Berufsabschluss vorher nicht formal anerkannt ist. Auch davon profitieren insbesondere Frauen. Voraussetzung ist dann ein Arbeitsvertrag in einem nicht-reglementierten Beruf sowie eine mindestens zweijährige Berufserfahrung und einem bestimmten Verdienst. Und auch über Anerkennungspartnerschaften wollen wir die Erwerbsmigration erleichtern, für diejenigen, die die notwendige Gehaltsschwellen nicht erreichen.

Außerdem wollen wir die Mehrstaatsangehörigkeit ermöglichen und den Weg zum Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit erleichtern, indem – statt wie bisher nach acht Jahren – nach fünf Jahren, bei besonderen Integrationsleistungen auch schon nach drei Jahren, die Einbürgerung möglich sein soll.

Die Diskussion hat uns gezeigt, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Insgesamt müssen wir jedoch in der Integrationspolitik noch einen viel stärkeren Fokus auf zugewanderte und geflüchtete Frauen legen, damit sie künftig die gleichen Chancen bekommen, zu gleichen Teilen an der Gesellschaft teilzuhaben.



Foto: R. Löster



von ROBERT KÄSTNER

Der Anlass

In der Nacht vom 9. auf den 10. März 1933 stürmten Nationalsozialisten das Gebäude der Fränkischen Tagespost, das – wie heute – zugleich Sitz der SPD Nürnberg und der Arbeiterwohlfahrt war. Die Erstürmung jährt sich nun zum 90. Mal.

Die Aktion

Die Fränkische Verlagsanstalt und die Nürnberger SPD, nahmen dies zum Anlass, um daran zu erinnern, dass Demokratie nicht vom Himmel fällt und wir alle, gemeinsam, Tag für Tag dafür arbeiten müssen. Wir freuen uns, dass auch die Arbeiterwohlfahrt uns hierbei unterstützt.

Zeitzeugenberichte im Dunkel

Zu Beginn löschten wir die Außenbeleuchtung am KBH. Während dieser „dunklen Zeit“ las Sonja Borzel, Vorstandsvorsitzende des AWO Bezirksverbandes aus dem Zeitzeugenbericht von Gretl Leicht, damals Prakti-

kantin bei der AWO. Anschließend zitierte Rüdiger Löster (AK gegen Rechts der SPD Nbg) aus zwei weiteren Zeitzeugen berichten u.a. aus den Erinnerungen des späteren Nürnberger Bürgermeisters Franz Haas.

Hell in die Zukunft

Nach einer Schweigeminute zum Gedenken an die Opfer jener Zeit, aber auch die Opfer aktueller Kriege von Unterdrückung und Machtmissbrauch, wurde die Hauptfassade des KBH leuchtend Rot angestrahlt.

Angelika Weikert, Präsidentin der AWO Nbg, und Kerstin Gardill stv. Vorsitzene der SPD Nbg., freuten sich, stellvertretend für alle Mieter, dass heute wieder Menschen im Haus arbeiten, die alle für die gleichen Werte eintreten: Freiheit, Gleichberechtigung und Solidarität. Beide betonten wie wichtig, gerade im Hinblick auf aktuelle Ereignisse, dies auch in Zukunft sein wird. Kerstin Gardill fasste es in den Satz:

„Demokratie fällt nicht vom Himmel, sie muss Tag für Tag erarbeitet werden.“

Jetzt und in Zukunft: KBH ein „Haus für alle“

Das „Haus für alle“ ist für die Fränkische Verlagsanstalt und Buchdruckerei GmbH nicht nur Überschrift. Wir fühlen uns bei der Gestaltung des Hauses dem „Universal Design“ verpflichtet. Das bedeutet, dass wir möglichst alles so flexibel gestalten, dass es ohne Zusatztechnik oder Anpassung von Menschen mit diversen Fähigkeiten in unterschiedlichen Situationen benutzt werden kann. Zudem soll es sich mit Unterstützungstechnologie vertragen, die von Menschen eingesetzt wird, denen es doch nicht möglich ist, die Einrichtungen direkt zu nutzen.

Was wir im Zuge der Sanierung hierzu überlegt und umgesetzt haben, stellen wir im Rahmen eines Tags der offenen Tür vor.

Wir wissen, dass das „Haus für alle“ ein dauernder Prozess sein wird. Daher freuen wir uns schon heute auf Verbesserungsvorschläge.

PS: Gegen gut dosiertes Lob haben wir auch nichts.



von GABRIELA HEINRICH, MdB

Der russische Angriff auf die Ukraine war eine Zeitenwende. Eine Lehre daraus: Demokratie muss sich gegen militärische Angriffe verteidigen können. Sie muss aber auch nach innen hinein wehrhaft sein und sich beständig erneuern.

Demokratie wird in Deutschland und anderswo jeden Tag angegriffen. Mit Desinformation versuchen Staaten wie Russland, die Meinung in anderen Ländern zu beeinflussen – und die Demokratie zu diskreditieren. Ein gern genutzter Weg sind die sozialen Medien. Hier tummeln sich Fake-Accounts und Fake-News, um bestimmte Narrative zu verbreiten. Zu solchen Narrativen gehört es, gegen „westliche Werte“ wie die Rechte von Frauen, ethnischen und religiösen Minderheiten oder der LGBTQ-Community zu hetzen und auf die angebliche Moral in „traditionellen“ autoritären Staaten zu verweisen.

Ein antidemokratisches Narrativ heißt „Eliten gegen das Volk“. Es wird nicht nur von autoritären Staaten als Waffe gegen Demokratie genutzt. Hierzulande bedient es auch die AfD. „Die Politik“ soll als abgehoben dargestellt werden, „einfache Menschen“ hätten darin keine Chance. Damit wird letztlich das demokratische System in Frage gestellt. Von diesem Narrativ waren auch die Corona-Proteste durchzogen, gemixt mit wilden Verschwörungstheorien. Wohin so etwas führen

kann, haben wir bei den irren Umsturzplänen von Reichsbürgern gesehen, an denen offenbar auch eine Ex-AfD-Bundestagsabgeordnete beteiligt war.

Mit dem Demokratiefördergesetz wollen wir Hass, Hetze und auch Desinformation etwas entgegensetzen. Wir haben seitens der SPD jahrelang dafür gekämpft. Projekte zur Demokratieförderung sollen mit dem Gesetz in Zukunft verlässlich und dauerhaft gefördert werden, zugunsten einer starken Zivilgesellschaft, aber auch für die politische Bildung. Auf Grundlage des Gesetzes wird der Bund auch eigene Maßnahmen durchführen. Den Nährboden für Extremismus, Hass, Hetze und auch Fake News wollen wir trockenlegen und gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit vorgehen. Denn: Demokratie ist Vielfalt.

Schon jetzt fördern wir verschiedene Projekte mit dem Bundesprogramm „Demokratie leben“. Dieses Programm hatte die SPD einst in der Großen Koalition durchgesetzt. Kern sind dabei die lokalen „Partnerschaften für Demokratie“. Eine solche gibt es auch in Nürnberg, die in diesem Jahr mit rund 174.000 Euro gefördert wird. Vor Ort wird dann entschieden, welche Projekte konkret unterstützt werden. Ergänzt wird das von Maßnahmen wie dem bereits von der Bundesregierung verabschiedeten „Aktionsplan gegen Rechtsextremismus“ oder dem Aktionsplan „Queer leben“, mit zahlreichen Maßnahmen, von Aufklärung an Schulen

und in der Jugendarbeit bis zum Gewaltschutz. Übrigens haben alle Bundesländer auch eigene Aktionspläne gegen Homophobie ins Leben gerufen – außer Bayern.

Unser Ziel muss sein, die Demokratie vor Attacken – von außen wie von innen – besser zu schützen. Dazu gehört, Verfassungsfeinde schneller als bisher aus dem Dienst zu entfernen und dazu das Disziplinarrecht für Beamtinnen und Beamte zu verschärfen. Wie notwendig das ist, haben wir auch am Fall der angesprochenen Ex-AfD-Bundestagsabgeordneten gesehen, die Richterin ist. Unsere Bundesinnenministerin Nancy Faeser hat die Sache auf den Punkt gebracht: „Wer den Staat ablehnt, kann ihm nicht dienen.“

Wahlen gehören zu den Grundlagen der Demokratie. Auch hier wollen wir daran arbeiten, unsere Demokratie zukunftsfähig zu machen mit einer Wahlrechtsreform. Diese war in der Vergangenheit stets am Widerstand der CSU gescheitert. Unser Ziel ist die Verkleinerung auf dauerhaft 630 Abgeordnete. Denn mit 736 Abgeordneten platzt der Bundestag mittlerweile aus allen Nähten. Der Bundestag muss das Signal senden: Wir sparen auch an uns selbst und handeln, wenn es ausufert.

Die Bundestagswahl ist eine Verhältniswahl. Das Gesetz will dieses Prinzip stärken und dazu ein System der Zweitstimmendeckung einführen. Vereinfacht gesagt können „Wahlkreisgewinner“ dann nur noch in den Bundestag einziehen, wenn auch das Wahlergebnis ihrer Partei eine entsprechende Anzahl an Mandaten rechtfertigt und die Partei bundesweit mehr als 5 Prozent der Stimmen erhält. Das wird in den meisten Fällen weiterhin der Fall sein, aber eben nicht immer und automatisch. Mit diesem Weg lassen wir die bisherige Spirale aus Überhang- und Ausgleichsmandaten vollständig hinter uns. Betreffen wird die Reform letztlich alle Parteien. Aber genau darum geht es.

Um die beständige Erneuerung der Demokratie geht es auch beim Wahlalter. Auf Bundesebene haben wir bereits das Wahlalter für die Europawahl auf 16 Jahre gesenkt. Um das auch für die Bundestagswahl zu erreichen, brauchen wir aber die Zustimmung von CDU/CSU für eine Grundgesetzänderung. Bei Kommunalwahlen ist die Altersgrenze in den meisten Bundesländern bereits auf 16 Jahre abgesenkt worden. Bayern gehört hier mittlerweile zur Minderheit. Das darf nicht so bleiben, denn die jungen Menschen von heute sind diejenigen, die morgen auch über die Zukunft der Demokratie entscheiden. Und letztlich gilt für die Demokratie: Je mehr mitmachen, desto stärker ist sie.



ERDBEBEN IN DER TÜRKEI UND IN SYRIEN: UNENDLICHES LEID DER BETROFFENEN – DANKE FÜR EURE HILFSBEREITSCHAFT!



von ARIF TAŞDELEN, MdL

Nach dem schweren Erdbeben an der türkisch-syrischen Grenzregion liegen ganze Städte in Trümmern.

Über 50 Tausend Tote, zehntausende Verletzte und hunderttausende obdachlos gewordene Menschen, das ist die derzeitige schreckliche Bilanz dieser Naturkatastrophe.

Meine näheren Verwandten leben in der türkischen Millionenstadt Adana, die von dem Erdbeben schwer getroffen wurde. Glücklicherweise sind sie unverletzt geblieben, allerdings sind ihre Häuser größtenteils eingestürzt oder nicht mehr bewohnbar. Entfernte Verwandte von mir in anderen betroffenen Regionen in der Türkei haben nicht überlebt.

Aufgrund der fürchterlichen Auswirkungen dieser Katastrophe wollte ich selbst tätig werden und startete über soziale Medien und die Presse einen Hilfeaufruf: Bis zum 17. Februar habe ich mein Wahlkreisbüro in Nürnberg zu Verfügung gestellt und die Bevölkerung dazu aufgerufen, Sachspenden — hauptsächlich dringend benötigte Babyartikel — bei meinen Mitarbeiter*innen abzugeben. Die Resonanz war gigantisch: Wir konnten zwei Kleinbusse mit Sachspenden vollladen.

Außerdem besuchte mich der Fußballprofi Taylan Duman vom 1. FC Nürnberg in meinem Büro und brachte dankenswerterweise ebenfalls Sachspenden für die Opfer des Erdbebens mit.

Auch innerhalb der SPD-Landtagsfraktion haben wir uns als Abgeordnete organisiert und

insgesamt 21.000 Euro Spenden für die Erdbebenopfer in Syrien und der Türkei gesammelt. Dieses Geld stammt nicht aus dem Fraktionshaushalt, sondern aus einem Topf aus Beiträgen der Abgeordneten. Davon entfallen 15.000 Euro auf die „Aktion Deutschland hilft“, einem Zusammenschluss verschiedener Hilfsorganisationen, und 6.000 Euro erhält die Organisation „Orientshelfer e.V.“ des Münchener Kabarettisten Christian Springer.

Um meine persönliche Solidarität mit den Betroffenen deutlich zu machen, habe ich mich in das Kondolenzbuch des Generalkonsulats der Republik Türkei in Nürnberg sowie in das Kondolenzbuch des Bayerischen Landtags eingetragen. Gemeinsam mit vielen Mitbürgerinnen und Mitbürgern nahm ich an verschiedenen Gedenkveranstaltungen teil, wie am 16. Februar in Nürnberg am Plärrer. Wir konnten dort unserer Trauer Ausdruck verleihen und auch signalisieren, dass wir über die Parteigrenzen hinweg füreinander eintreten.

Finanzielle und materielle Unterstützung für die Menschen vor Ort ist das eine. Zum anderen gibt es viele türkische Mitbürger*innen bei uns, die kurzfristig ihre — von der Katastrophe betroffenen — Verwandten nach Deutschland holen wollen, damit sie hier für ein paar Wochen oder Monate in Sicherheit sind. Jedoch zeigt sich immer noch, dass die bürokratischen Hürden für ein erforderliches Visumverfahren ziemlich hoch sind. Daher setze ich mich nun seit Wochen für die, zumindest vorübergehende, Vereinfachung dieser Verfahren ein.

Ich bedanke mich ganz herzlich bei allen Spender*innen und Ehrenamtlichen, die

Hilfspakete packen und verladen. Mir führt das einmal mehr vor Augen, wie groß die Solidarität und Hilfsbereitschaft in unserer Gesellschaft ist. In Krisenzeiten rücken wir zusammen - das macht mich stolz.

Impressum

Herausgeber: SPD Nürnberg

Verantwortlich: Andreas Mittelmeier

Redaktion: Nasser Ahmed,
Vanessa Kurowski, Oguz Akman

Grafische Gestaltung: Michael Graf

Korrektorat: Dagmar Köhnlein

Redaktionsanschrift:
der springende punkt
Karl-Bröger-Str. 9
90459 Nürnberg

E-Mail: dsp@spd-nuernberg.de

Tel: 0911 - 438960

Der „springende Punkt“ ist die werbefreie Zeitung der SPD Nürnberg und erscheint jeweils am Anfang eines Kalendermonats.

Auflage: 5.500 Exemplare



von STEFAN SCHUSTER, MdL

Erst kürzlich sorgte eine Statistik der Bundespolizei für Aufsehen, die den Nürnberger Hauptbahnhof zu einem der drei kriminalitätsreichsten Bahnhöfe der Bundesrepublik erklärte. Zurecht waren viele überrascht über das Ergebnis, gelten doch Bayern und insbesondere die Metropolregion Nürnberg zu den sichersten Teilen Deutschlands. So stellen sich die Fragen: Wie sicher ist es in Bayern und am Nürnberger Hauptbahnhof wirklich und wie wollen wir als SPD zukünftig Sicherheitspolitik in Bayern gestalten?

Zur Situation am Nürnberger Hauptbahnhof:

Die Bundespolizei zählte im vergangenen Jahr 548 Gewaltdelikte (z.B. Körperverletzungen), 40 Sexualdelikte (z.B. sexuelle Belästigungen) und 992 Eigentumsdelikte (z.B. Diebstähle). Hiermit liegt Nürnberg auf Platz zwei (Eigentums- und Sexualdelikte) und drei (Gewaltdelikte) im bundesweiten Vergleich. Erstaunlich ist das auf den ersten Blick vor allem deswegen, weil Nürnberg, gemessen an der Zahl der täglichen Reisenden, nicht zu den besucherstärksten Bahnhöfen gehört.

Es wäre jedoch zu kurz gegriffen, die „Gefährlichkeit“ eines Bahnhofs allein am Verhältnis der Reisenden zu den begangenen Delikten zu beurteilen. Denn blicken wir auf den Nürnberger Hauptbahnhof erklärt sich sehr schnell, wie es zu den hohen Kriminalitätszahlen kommt.

Bei den zahlreichen Eigentumsdelikten handelt es sich keineswegs um Taschendiebstähle, es geht vor allem um Ladendiebstähle, die in den zahlreichen Geschäften des Einkaufsbahnhofs begangen werden. Auch die Gewalt- und Sexualdelikte sind nicht auf den alltäglichen Reiseverkehr zurückzuführen, sondern hängen vielmehr an der starken Anbindung des Bahnhofs an das Nürnberger Nachtleben, zum Beispiel gibt es eine Diskothek direkt bei der Westhalle.

Der Nürnberger Hauptbahnhof ist wahrscheinlich nicht gefährlicher als andere Großstadtbahnhöfe. Nichtsdestotrotz sollte die Statistik einen Anlass geben, das bestehende Sicherheitskonzept am Bahnhof und die Zahl der eingesetzten Sicherheitskräfte zu überprüfen. Es hilft uns nicht weiter, dass die Staatsregierung nur mit dem Finger auf das Land Berlin zeigt. Auch hier vor Ort muss stetig an der Sicherheit aller gearbeitet werden.

¹ Eine Gesetzesänderung hat die Tatbestände bei Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung erweitert. Insofern kann kein direkter Vergleich zu 2019 gezogen werden. Dennoch wäre ein deutlicher Anstieg der Zahlen auch ohne die Gesetzesänderung zu erwarten gewesen.



SICHERHEIT IN BAYERN

Zur Situation in Bayern:

Erst vor kurzem wurde im Innenministerium die Kriminalitätsstatistik für 2022 verkündet. Unser Innenminister Herrmann rühmte sich wie immer mit gesunkenen Zahlen. Und tatsächlich ist die gesamte Kriminalität im Vergleich zu 2019 um 1,9 % gesunken. Auf den ersten Blick erweckt das einen positiven Eindruck. Blickt man aber auf die Zahlen der einzelnen Kriminalitätsbereiche zeigt sich ein ganz anderes Bild. Die Gewaltkriminalität ist im Vergleich zu 2019 um 3,3% (fast 800 Fälle mehr), Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung um 77,0 %¹ und die Internetkriminalität um 51,6 % gestiegen. Erfreulich ist die Entwicklung der Zahlen nur bei Vermögensdelikten, minus 1,1 %, bei Rauschgiftkriminalität, minus 9,7%, und bei Wohnungseinbrüchen, minus 34,5 %.

Die Staatsregierung hat in den letzten Jahren also einige Kriminalitätsbereiche gut in den Griff bekommen. Dennoch setzt sie in Teilen noch vollkommen falsche Schwerpunkte, zum Beispiel bei der Grenzpolizei, und so zeigen sich äußerst bedenkliche Tendenzen besonders in der Internetkriminalität, ein Bereich in dem heute auch bereits ein Großteil der ebenso stark gestiegenen Sexualstraftaten stattfindet. Hier besteht ein dringender Handlungsbedarf.

Wie wir als SPD Sicherheitspolitik in Bayern gestalten wollen, ein Einblick in das Landtagswahlprogramm:

Wie in allen Politikfeldern der Landespolitik wollen wir auch im Bereich der Sicherheitspolitik eine echte Alternative zur CSU bieten. Die positiven Entwicklungen gilt es fortzusetzen. Die unschönen Zahlen bei Gewalt-, Sexual und Internetstraftaten müssen unbedingt gesenkt werden.

Um das zu erreichen wollen wir in den nächsten 5 Jahren den Personalbestand der Bayerischen Polizei um 10 % erhöhen. Gleichzeitig soll die Polizei als Arbeitgeber attraktiver und familienfreundlicher werden, Teilzeitmodelle und verlässliche Überstundenregelungen sollen eingeführt werden. Bei der Aus- und Fortbildung von Beamt*innen wollen wir ein starkes Augenmerk auf Demokratiebildung und Antidiskriminierung legen.

Innerhalb der Polizei sollen die Kräfte effektiv eingesetzt werden. Das heißt, dass die Polizeibeamt*innen mehr auf der Straße bei uns Bürger*innen und zum Beispiel in Spezialeinheiten zur Internetkriminalitätsbekämpfung eingesetzt werden, anstatt Aufgaben zu übernehmen, die eigentlich die Bundespolizei hervorragend bearbeitet, Stichwort Grenzpolizei.

Zuletzt ist noch zu erwähnen, dass wir selbstverständlich das Polizeiaufgabengesetz (PAG) rechtsstaatskonform ausgestalten werden.

ZUKUNFT PINK

Es ist März, der ganze Monat steht unter dem Slogan des Frauenkampftags. Am 08. März stehen wir mit unseren Genoss*innen bei strömendem Regen auf der Straße und sind laut. Laut gegen das Patriarchat. Laut für uns. Denn auch im Jahr 2023 gelten dieselben Forderungen hinter denen wir uns seit Jahrzehnten versammeln:

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit – Sichtbarkeit von Sorge- und Familienarbeit – Sexuelle Selbstbestimmung – Gleichstellung, im Beruf und in politischen Positionen

Wir Jusos sind Feminist*innen, denn: Feminismus geht uns alle an! In einer Welt, die immer noch von Ungleichheit und Diskriminierung geprägt ist, ist der Feminismus mehr als eine notwendige politische Bewegung; auch eine Gleichsetzung mit dem Begriff „Frauenbewegung“ ist zu kurz gedacht. Viel-

mehr ist er ein gesellschaftliches Konzept, das ein grundlegendes Umdenken der Geschlechterrollen und -normen verlangt. Es geht um Gerechtigkeit und Freiheit für alle Menschen. Wenn wir laut sind, sind wir unbequem. Wir hinterfragen Machtstrukturen und decken strukturelle Benachteiligung auf.

Wenn wir für Gleichstellung kämpfen, kämpfen wir für Diversität und die Abschaffung von Diskriminierung. Nicht nur aufgrund des Geschlechts, sondern auch aufgrund von Herkunft, Religion, Behinderung oder sexueller Orientierung. Wir kämpfen für eine Gesellschaft, in der Menschen ungehindert ihre Persönlichkeit ausleben können, ohne sich stereotypen Geschlechterrollen unterordnen zu müssen.

Falls es das Wort „alle“ noch nicht klar genug gemacht hat: Im Feminismus geht es niemals darum, Männer zu diskreditieren oder gar auszuschließen. Ganz im Gegenteil: eine starke feministische Bewegung kann nur durch die Zusammenarbeit aller Geschlechter erreicht werden.

Wir müssen uns nicht verstecken, in den vergangenen Jahren hat die feministische Bewegung viel erreicht. Doch ein Ende unseres Kampfes ist noch lange nicht in Sicht: Abtreibungen sind immer noch illegal, Frauenquoten werden bestenfalls belächelt und Frauen verdienen pro Stunde tatsächlich 18% weniger als Männer. Wir stolpern seit Jahren von Krise zu Krise, durchatmen ist nicht möglich. Die Folgen des Krieges sowie der Inflation treffen uns alle. Und mit voller Härte die, die von den Ungerechtigkeiten dieser Welt besonders betroffen sind.

In Zeiten, in denen die politischen Kräfte der Rechten versuchen, gesellschaftlichen Fortschritt zurückzudrehen, wird unser Kampf immer wichtiger. Der Kampf für eine Gesellschaft, in der alle Menschen frei und selbstbestimmt leben können.

Um es mit den Worten unserer US-amerikanischen Vorkämpferinnen zu sagen: Zu Ende sei, dass kleine Leute schufteten für die Großen, Her mit dem ganzen Leben: Brot und Rosen!

das Wachpersonal trainiert, Gewalt auszuüben und brutal gegen Häftlinge vorzugehen, die Anwendung von Folter und Prügelstrafen wurde erlernt, anschließend kam das SS-Wachpersonal in anderen KZ zum Einsatz.

Die Gefangenen

Waren am Anfang hauptsächlich politische Gegner*innen der Nazis in Dachau inhaftiert, kamen nach der Pogromnacht am 9. November 1938 zahlreiche inhaftierte Juden hinzu, nach dem Beginn des Zweiten Weltkrieges füllte die SS das Lager mit gefangenen Menschen aus den besetzten Ländern. Die Häftlinge wurden zur Zwangsarbeit in SS-Betriebe eingesetzt: beispielsweise in den Deutschen Erd- und Steinwerken, den Deutschen Ausrüstungswerken, aber auch in Steinbrüchen, Ziegeleien, Kiesgruben.

Aber auch für medizinische Versuche wurden die Häftlinge missbraucht: So fanden in Dachau Unterdruckversuche und Experimente zur Erforschung der Malaria statt, die zahlreiche Häftlinge mit dem Leben bezahlten.

Von den im Laufe von zwölf Jahren ca. 200.000 in Dachau Inhaftierten starben etwa 41.500: erschossen, zu Tode gefoltert, bei medizinischen Experimenten ermordet, an den Folgen der harten Zwangsarbeit und an Krankheiten gestorben... Ca. 10.000 jüdische Häftlinge wurden 1942 in Außenlagern «durch Arbeit» getötet.

Zu den Häftlingen im KZ Dachau gehörten u. a. Josef Felder (SPD), Reichstagsabgeordneter und späterer Bundestagsabgeordneter, der Hitlerattentäter Georg Elsner (er wurde in Dachau erschossen) und Hans Beimler (KPD). Durch Hans Beimler erfuhr die Weltöffentlichkeit zum ersten Mal, was sich hinter den Zäunen des KZ abspielte. Er wurde am 11. April 1933 verhaftet, in der Nacht vom 8. auf den 9. Mai gelang ihm die Flucht. Danach veröffentlichte er über seine Zeit im KZ das Buch „Im Mörderlager Dachau“.

Aus Nürnberg wurden zahlreiche SPD-Funktionäre in das KZ Dachau eingeliefert, u. a. Fritz Munkert, Hans Pröbß und Karl Bröger, um nur einige zu nennen. Andere, wie Friedrich Lodes, Peter Kirchbaum, Ernst Schnepfenhorst mussten in einem der zahlreichen anderen KZ für ihre Überzeugung ihr Leben lassen. Der langjährige Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten, Reiner Wagner, schrieb dazu: „Es sind Menschen darunter, die wir nur aus den Akten kennen, aber auch viele, die nach 1945 ganz entscheidend am Aufbau der Demokratie in Deutschland mitgewirkt haben. Ihnen allen haben wir zu danken und unseren Res-

KZ DACHAU: „SCHULE DER GEWALT“

von RÜDIGER LÖSTER

Vor neunzig Jahren, am 21. März 1933 gab Heinrich Himmler, der seit kurzem als kommissarischer Polizeipräsident von München im Amt war, in einer Pressekonferenz die Errichtung eines Konzentrationslagers bei Dachau bekannt. Die Berichte dazu erschienen in großer Aufmachung u. a. in der Nazizeitung «Völkischer Beobachter» und in den «Münchener Neuesten Nachrichten».

So schrieb der «Völkische Beobachter» am 21. März 1933:

«Am Mittwoch wird in der Nähe von Dachau das erste Konzentrationslager mit einem Fassungsvermögen für 5000 Menschen errichtet werden. Hier werden die gesamten kommunistischen und soweit dies notwendig ist, Reichsbanner und sozialdemokratischen Funktionäre, die die Sicherheit des Staates gefährden, zusammengezogen.»

Bereits am 22. März wurden etwa 150 Häftlinge von den Gefängnissen Landsberg am Lech, Neudeck und Stadelheim auf das Gelände der stillgelegten Königlichen Pulver- und Munitionsfabrik Dachau gebracht. Bewacht wurden sie in den ersten Tagen von der Bayerischen Landespolizei. Ab dem 11. April teilten sich Polizei und SS die Bewachung des Lagers, die SS war als Hilfspolizei

eingesetzt. „Das KZ Dachau war der Anfang, es wurde zur „Schule der Gewalt“ und Vorbild für alle Lager, die in den nächsten Jahren in Deutschland und schließlich in halb Europa errichtet wurden“ (Max Mannheimer, Überlebender des KZ Dachau im Vorwort zu „Im Mörderlager Dachau“ von Hans Beimler)

Gleich nach der Machtübergabe an die Nazis fanden die ersten Verhaftungen politischer Gegner statt, noch in der Nacht des Reichstagsbrandes am 27. Februar rollte dann die erste große Verhaftungswelle an. Viele Reichstags- und Landtagsabgeordnete, Kommunist*innen, Sozialdemokrat*innen, Gewerkschafter*innen wurden verhaftet und von SA und SS in sogenannten „wilde Konzentrationslagern“ (von denen es auch einige in Nürnberg gab) untergebracht, misshandelt und auch getötet. Bei den Räumlichkeiten handelte es sich oft um die Keller von Gebäuden, die bereits von den Nazis genutzt wurden, wie beispielsweise die „Sturmlokale“ der SA.

Das KZ Dachau in der Nazi-Presse

Und dies alles geschah nicht heimlich: jeder der seine Augen nicht verschloss, konnte darüber informiert sein. Nicht nur die Errichtung des KZ Dachau wurde in der Presse angekündigt, die nationalsozialistische Presse berichtete auch weiterhin regelmäßig über das rund 20 Kilometer nordwestlich von Mün-

chen gelegene Konzentrationslager. Die Berichte über und die Drohung mit der Einweisung in ein KZ sollte ja der Einschüchterung der politischen Gegner dienen. So erschien beispielsweise am 16. Juli 1933 in der Zeitschrift „Münchener Illustrierte Presse“ ein Bericht über das Lager mit dem Titel „Frühappell im Erziehungslager“. Die Lokalpresse Münchens berichtete bis Kriegsbeginn mehrfach über das KZ, meist sehr hämisch über die politischen Gefangenen und mit Warnungen vor „gefährlichen Bolschewiken“.

Staat im Staate

Bewacht wurde das Lager in den ersten Tagen von der Bayerischen Landespolizei. Ab dem 11. April teilten sich dann Polizei und SS als „Hilfspolizei“ die Bewachung. Und bereits am nächsten Tag wurden die ersten Morde begangen an den Häftlingen Rudolf Benario, Ernst Goldmann und Arthur Kahn. Die Münchner Staatsanwaltschaft ermittelte wegen der ersten drei Häftlingerschießungen in Dachau. Nach wenigen Monaten aber wurden sämtliche Verfahren eingestellt. Das Konzentrationslager Dachau war – ebenso wie danach alle anderen KZ – zum rechtsfreien Raum geworden, der SS-Lagerkommandant hatte die alleinige Gerichtsbarkeit, die SS hatte einen „Staat im Staat“ geschaffen. Unter dem Lagerkommandanten Eicke wurde unter dem Motto „Toleranz bedeutet Schwäche“



pekt für ihre aufrechte Haltung in einer für sie lebensbedrohlichen Zeit auszusprechen.“ Ihnen wird vor dem Eingang zur SPD-Geschäftsstelle mit einer Stele gedacht, auf der die Namen der Verfolgten festgehalten sind.

Die Befreiung

Am 29. April 1945 wurde das KZ Dachau von amerikanischen Truppen befreit, ca. 32.000 Häftlinge hatten die Hölle überlebt. In der Nacht zuvor war noch ein „Evakuierungszug“ der SS mit über 3000 Gefangenen aus dem KZ Buchenwald in Dachau eingetroffen. Mehr als zwanzig Tage Fahrt hatten die Gefangenen hinter sich, in Güterwaggons, ohne Wasser und Essen. Nur ungefähr 800 kamen lebend in Dachau an.

Max Mannheimer schrieb im Vorwort zu „Im Mörderlager Dachau“:

„Was wäre Deutschland und der Welt erspart geblieben, hätten bereits vor 1933 nicht so viele Menschen weggeschaut und verdrängt, was sichtbar war an Bedrohung durch den Nationalsozialismus. Was wäre möglich gewesen, hätten sich die Nazigegner damals darauf besonnen, den Streit untereinander zurückzustellen und gegen die Bedrohung der elementarsten Menschenrechte gemeinsam zu handeln. Sicher wäre das schwer gewesen angesichts der großen politischen Gegensätze, aber es wäre nichts gewesen gegenüber dem Leid, das allen Nazigegnern und Verfolgten später zugefügt wurde.“



Bei Umzug, mit neuer Anschrift zurück.



ALLE TERMINE AUF EINEN BLICK / APRIL 2023

03.04.2023 – 19:00 Uhr

Jusos: Montagssitzung
Käte-Strobel-Raum, Karl-Bröger-Haus

05.04.2023 – 18:00 Uhr

AfA: Mitgliederversammlung
Käte-Strobel-Raum, Karl-Bröger-Haus

05.04.2023 – 19:30 Uhr

SPD Laufamholz: Mitgliedertreffen
Restaurant Hammerschmiede,
Laufamholzstr. 300

07.04.2023 – 17:00 Uhr

MindestTon: Chorprobe
Käte-Strobel-Raum, Karl-Bröger-Haus

11.04.2023 – 19:30 Uhr

SPD Fischbach: Mitgliedertreffen
TSV Altenfurt, Wohlaue Straße 16,
(Skizimmer)

12.04.2023 – 19:00 Uhr

AK Umwelt:
Mitgliederversammlung
Käte-Strobel-Raum, Karl-Bröger-Haus

14.04.2023 – 17:00 Uhr

MindestTon: Chorprobe
Käte-Strobel-Raum, Karl-Bröger-Haus

17.04.2023 – 19:00 Uhr

Jusos: Montagssitzung
Käte-Strobel-Raum, Karl-Bröger-Haus

18.04.2023 – 14:30 Uhr

AG 60+: Mitgliedertreffen
Käte-Strobel-Raum, Karl-Bröger-Haus

18.04.2023 – 18:00 Uhr

SPD Langwasser: Vorstandssitzung

18.04.2023 – 19:00 Uhr

SPD Langwasser:
Magdalena Reiss über den Bezirk
Gemeinschaftshaus, Raum 1

18.04.2023 – 19:30 Uhr

SPD Nordostbahnhof: Mitgliedertreffen
SIGENA-Plauenerstr.7, 90491 Nürnberg

19.04.2023 – 19:00 Uhr

SPD Hummelstein: Aktiventreff
Wirtshaus Galvani, Galvanistr. 10,
90459 Nürnberg

19.04.2023 – 19:30 Uhr

SPD Gibitzenhof-Steinbühl:
Ortsverein Unterwegs
Teilnahme an der Bürgerversammlung
der Stadt Nürnberg für
Gibitzenhof/Werderau
Gesellschaftshaus Gartenstadt

20.04.2023 – 19:00 Uhr

Parteiausschuss

21.04.2023 – 17:00 Uhr

MindestTon: Chorprobe
Käte-Strobel-Raum, Karl-Bröger-Haus

22.04.2023 – 11:00 Uhr

SPD Nordostbahnhof:

Infostand

MERCADO - Äußere Bayreuther Str. 80,
90491 Nürnberg

24.04.2023 – 19:00 Uhr

Jusos: Montagssitzung
Käte-Strobel-Raum, Karl-Bröger-Haus

25.04.2023 – 19:30 Uhr

SPD Nordbahnhof-Vogelherd:
Thema Grüner Wasserstoff
Rote Galerie, Kobergerstr. 59,
90408 Nürnberg

26.04.2023 – 19:00 Uhr

SPD Lichtenhof:
Mitgliederversammlung
Transformation des Arbeitsmarktes
mit Hermann Gartner (IAB)
Gemeindezentrum der Evang.-Luth.
Kirchengemeinde Nürnberg-Lichtenhof
(1. Stock, Plenarsaal)

28.04.2023 – 17:00 Uhr

MindestTon: Chorprobe
Käte-Strobel-Raum, Karl-Bröger-Haus

Bitte beachten, dass es zu terminlichen Abweichungen kommen kann. Bitte informiere dich rechtzeitig bei deinen Ortsvereinsvorsitzenden oder im SPD-Büro, ob der jeweilige Termin stattfindet.

Stadtratsfraktion
Nürnberg

SPD

RATHAUS DEPESCHE

INFORMATIONEN DER SPD-STADTRATSFRAKTION

Vorwort



Liebe Leserinnen und Leser
der Rathausdepesche,

als neue Vorsitzende der SPD-Stadtratsfraktion darf ich Sie erstmalig zur Lektüre unserer Rathausdepesche einladen. In meiner persönlichen Arbeit als Stadträtin setze ich mich seit vielen Jahren insbesondere für die Themen die Stadtplanung und die Entwicklung der Altstadt ein. Daher freut es mich umso mehr, Ihnen neben spannenden Verkehrsprojekten, die vor allem den ÖPNV und den Radverkehr betreffen, auch ein Konzept zur künftigen Wärmeversorgung für unsere Häuser, Wohnungen und all die öffentlichen Gebäude im Stadtgebiet vorstellen zu dürfen. Außerdem widmen wir uns in dieser Ausgabe zweier wichtiger Aspekte der Gesundheitsversorgung in der Stadt.

Ich hoffe, dass Ihnen die Lektüre unserer Depesche informative und interessante Einblicke in die Arbeit im Nürnberger Stadtrat bietet und freue mich auch über Ihr Feedback und Ihre Anregungen.

Mit den besten Grüßen

Ihre

Christine Kayser
Fraktionsvorsitzende

Brehm folgt auf Riedel



Bereits Ende Januar wählte die SPD-Stadtratsfraktion Christine Kayser zur neuen Vorsitzenden. Kayser beerbt damit Thorsten Brehm, der ab Mai das Amt des Stadtkämmerers bekleiden wird. Thorsten Brehm führte die Fraktion seit 2020 bis zu seiner Wahl als Nachfolger vom scheidenden Kämmerer Harald Riedel.

Christine Kayser: „Ich bin Thorsten Brehm sehr dankbar für die letzten drei Jahre. Er hat diese Aufgabe nach der Kommunalwahl im Jahr 2020 übernommen. Seine dreijährige Amtszeit war geprägt von der Corona-Pandemie und zuletzt auch vom Krieg in der Ukraine. In schweren Zeiten hat er Verantwortung übernommen. Das war eine schwierige Aufgabe, die er mit Bravur gemeistert hat! Die Fraktion freut sich auf die weiterhin gute Zusammenarbeit, denn wir wissen wir die Stadtkämmerei bei ihm in den besten Händen.“

Thorsten Brehm übernimmt neben der Verantwortung für den Stadthaushalt auch die

Ressorts IT und Personal und ist damit verantwortlich für etwa 12.000 Beschäftigte in mehr als 200 Berufsfeldern. „Die Aufgabenliste ist so vielfältig wie umfangreich“, erklärt Christine Kayser, „insbesondere die Stadt Nürnberg als attraktive Arbeitgeberin weiter zu entwickeln ist in Zeiten des erheblichen Fachkräftemangels wichtiger denn je. Aus seiner ganz persönlichen Berufserfahrung bringt Thorsten hier das nötige Handwerkszeug mit. Ich bin mir sicher, dass er einen exzellenten Job machen wird und wünsche ihm viel Erfolg, Freude und Nerven wie Drahtseile für seinen neuen Lebensabschnitt.“

Thorsten Brehms Amtszeit beginnt am 1. Mai. Seine Nachfolge in der Stadtratsfraktion tritt Aynur Kir an, die sich im Herbst auch um ein Mandat im Bayerischen Landtag für den Stimmkreis Nürnberg-Ost bewirbt.

Weitere Informationen:
Christine Kayser;
spd@stadt.nuernberg.de



MEHR ÜBER UNSERE ARBEIT AUF:

spd-stadtratsfraktion.nuernberg.de

facebook.com/spd.nuernberg

instagram.com/spdnuernberg

SPD bringt ÖPNV und Radverkehr in Nürnberg weiter voran

In seiner März-Sitzung hat der Werksausschuss des Servicebetriebs öffentlicher Raum (Sör) zwei Meilensteine für die Nürnberger Mobilitätswende auf den Weg gebracht: Mit dem Ausbau der Bayreuther Straße zwischen Rathenauplatz und Schoppershofstraße inklusive Straßenbahnwendeschleife und dem barrierefreien Zugang zur Straßenbahnhaltestelle Scheurlstraße gelangen weitere wichtige Schritte in Richtung Verkehrswende.

8,6 Millionen Euro für Umbau der Bayreuther Straße

Der verkehrspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Dr. Nasser Ahmed: „Insbesondere für Radfahrer*innen ist der aktuelle Zustand des Straßenabschnitts ein echter Albtraum. Ich bin

sehr froh, dass wir mit dem vorliegenden Plan einen tragfähigen Kompromiss für alle Verkehrsteilnehmer*innen finden konnten. Die Stadtparkschleife ist ein Eckpfeiler für eine Taktverdichtung bei der Straßenbahn. Nur mit ihr können wir bald zwischen Hauptbahnhof und Plärrer noch mehr Menschen befördern.“

Erneuerung und Umgestaltung der Scheurlstraße

Die Maßnahmen auf dem 310 Meter langem Straßenabschnitt in der Scherulstraße umfassen die Sanierungen im Kanalbereich durch SUN, die Erneuerung der Straßenbahn-Gleise durch die VAG und Veränderungen in der Verkehrsleitung durch das Verkehrsplanungsamt und Sör.

SPD-Fraktion in Sorge um erfolgreiches Angebot: Klinikum reduziert Plätze in geriatrischer Tagesklinik



Quelle: Klinikum Nürnberg

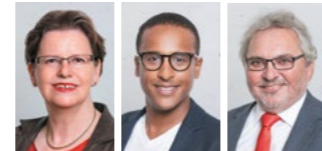
Die geriatrische Tagesklinik am Nürnberger Klinikum gilt seit über 25 Jahren als Einrichtung mit Vorbild-Charakter und überregionaler Strahlkraft. Zielgruppe sind Menschen, die immer wieder stürzen, mit einer psychischen Erkrankung kämpfen oder auch Senioren mit chronischen Schmerzen. Nun gab die Leitung des Klinikums bekannt, die verfügbaren Plätze drastisch zu reduzieren.

Die seniorenpolitische Sprecherin der SPD-Stadtratsfraktion, Gabriele Penzkofer-Röhrl, hatte sich deswegen in einem Brief an Oberbürgermeister Marcus König in seiner Funk-

tion als Verwaltungsratschef des Klinikums gewandt, mit der Bitte, die Problematik nochmals ausführlich zu erörtern und zukunftsfähige Lösungen zu finden. „Insbesondere wäre es wichtig zu wissen, ob diese Reduzierung des Angebots nun permanent bleiben soll“, erklärt Penzkofer-Röhrl.

In der Verwaltungsratsitzung wurde die Reduzierung mit einer längerfristig gesunkenen Nachfrage begründet und der mangelnden Refinanzierung durch die Kassen, sodass 25% der Kosten nicht finanziert werden und vom Klinikum getragen werden.

Der SÖR-Sprecher der SPD-Stadtratsfraktion, Lorenz Gradl, sieht den Umfang der Baumaßnahmen positiv: „2,6 Millionen Euro für 310 Meter – das klingt erstmal nach viel. Wenn man sich überlegt, dass Kanal, Gleise, Fahrbahn, Verkehrsführung und Baumpflanzungen durchgeführt werden, steht das in einem ganz anderen Verhältnis. Wir freuen uns, dass die Arbeiten bald in Angriff genommen werden und es für die Menschen vor Ort spürbare Verbesserungen geben wird.“



Weitere Informationen:
Christine Kayser;
Dr. Nasser Ahmed;
Lorenz Gradl;
spd@stadt.nuernberg.de

Impressum

Herausgeber:
SPD-Stadtratsfraktion
Rathausplatz 2
90403 Nürnberg

Verantwortlich:
Christine Kayser

Redaktion:
Christine Kayser, Tim Koß

Grafische Gestaltung:
Michael Graf

E-Mail: spd@stadt.nuernberg.de

Tel: 0911 - 2312906

Fax: 0911 - 2313895



Für die SPD-Stadtratsfraktion ist die geriatrische Tagesklinik ein wichtiger Eckpfeiler der medizinischen Daseinsvorsorge, vor allem im Alter. Penzkofer-Röhrl: „Ich hoffe auf die Flexibilität des Klinikums, bei entsprechender steigender Nachfrage das Angebot wieder anzupassen. Dazu müssen aber auch die gesundheitspolitischen Rahmenbedingungen angepasst werden.“

Weitere Informationen:
Gabi Penzkofer-Röhrl;
spd@stadt.nuernberg.de



Wärmeversorgungskonzept für Nürnberg - Kommunale Wärmeplanung Ohne ein zukunftsfähiges Wärmeversorgungskonzept – keine Klimaneutralität bis 2040!



Der Wärmespeicher der N-ERGIE ist seit Ende 2014 im Einsatz und zählt zu den höchsten und modernsten in Europa.

Die Stadtverwaltung Nürnberg will 2035, ganz Nürnberg bis 2040 klimaneutral sein. Auch wenn wir in einzelnen Bereichen schon Fortschritte erreicht haben, sind wir noch lange nicht am Ziel. Aktuell steht beim Thema Endenergieverbrauch in Deutschland der Sektor Wärme mit 50% an erster Stelle, gefolgt von Verkehr (30%) und Strom (20%). Neben dem Verkehrssektor besteht insbesondere im Wärmebereich, also bei der Wärmewende, aller größter Handlungsbedarf.

Auch bei den Kommunen ist die Dekarbonisierung des Wärmebereichs ein zentraler Baustein für das Erreichen der städtischen Klimaschutzziele. Denn auch hier macht die Wärmeversorgung den größten Anteil des gesamten Endenergiebedarfs aus. Insbesondere die Reduzierung des CO2-Verbrauchs bei den Gebäuden ist eines der größten Probleme.

Hier müssen zwei Dinge gleichzeitig geschehen. Ziel ist es, den Wärmebedarf der Gebäude mittels Energieeffizienzmaßnahmen drastisch zu reduzieren und gleichzeitig den verbleibenden Bedarf effizient und umweltfreundlich aus erneuerbaren Energien zu erzeugen. Damit sichern und decken wir den zukünftigen Wärmebedarf für Gebäudebeheizung, Warmwasserbereitung aber auch für industrielle Prozesse.

Diesen Transformationsprozess auf der Ebene der Kommunen zu steuern, ist Hauptaufgabe der kommunalen Wärmeplanung.

Die Kommune muss den Masterplan erstellen und koordinieren

Damit am Ende ein klimaneutrales und zugleich wirtschaftliches Wärmeversorgungssystem entsteht, bedarf es einer strategischen Herangehensweise. Wir - die SPD - Stadtratsfraktion - sind überzeugt, dass die Stadt Nürnberg als zentraler Akteur diesen Prozess gestalten und koordinieren muss.

Zwingende weitere Voraussetzung werden energieeffiziente Neubauten der weiterhin wachsenden Stadt und energetische Sanierungen der vorhandenen Gebäudestrukturen sowie die effizientere Energieverwendung für industrielle Prozesse sein. Die gegenwärtigen Versorgungsstrukturen und Bedarfe müssen deshalb analysiert und für die zukünftige Wärmeversorgung der Stadt zusammen mit der N-ERGIE sowie den ansässigen Wirtschaftsunternehmen entwickelt werden.

N-ERGIE: Unser Motor der Wärmewende

Nach unserer Auffassung bildet das ausgebauter Fernwärmenetz der N-ERGIE das infrastrukt-

turelle Rückgrat. Langfristig muss die Wärme mit CO2-neutralen Energieträgern erzeugt werden. Geothermie, Biomassekraftwerke, Abwärme und der Aufbau von Nahwärmenetzen sollen ergänzend einbezogen werden.

Im Detail: Der konsequente Ausbau des aktuellen Fernwärmenetzes im Stadtgebiet, die weitere Verdichtung und die Umstellung der Wärmeerzeugung auf mehr klimafreundliche Energieträger sind wichtige Meilensteine. Dazu gehören zum Beispiel die Projekte „Altholzwerk“ (mit ASN) und die Großwärmepumpe der Kläranlage Nürnberg (mit SUN).

Die kommunale Wärmeplanung muss als Katalysator der Wärmewende dienen. Eine mögliche Umnutzung des bestehenden Gasnetzes auf Wasserstoff und die Umrüstung bestehender Gasheizungen auf Wasserstofftechnologie, wäre auch eine wichtige Option. Im vorstädtisch geprägten Nürnberg können sogenannte „Nahwärme-Konzepte“ eine spannende Alternative zu fossilen Heizungen darstellen. Im Wohngebiet Rieterbogen in Kornburg ist dies bereits möglich. Auf einem Acker in der Nähe der Wohnanlage wurden insgesamt rund 16 Kilometer Rohrleitungen in etwa zwei Meter Tiefe eingegraben. Die Kunststoffrohre werden horizontal verlegt und gehören zu einem rund 1,3 Hektar großen oberflächennahen geothermischen Flächenkollektor. Damit ist eine klimaneutrale Wärmeversorgung im Quartier gesichert.

Forderungen und Zusammenarbeit

Die SPD-Stadtratsfraktion fordert daher ein zukunftsfähiges Wärmeversorgungskonzept für Nürnberg unter Beteiligung der N-ERGIE bis Ende 2023 auszuarbeiten. U.U. ist die Akquisition von Fördermitteln über das Kompetenzzentrum „Kommunale Wärmewende“ in Halle (Saale), welches vom Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz und der dena eingerichtet wurde, möglich. Dieses vergibt derzeit Impulsförderungen für die Erarbeitung von Bestands- und Potenzialanalysen, sowie Konzept-/Zielszenarien und Handlungsstrategien.

Fazit: Ohne ein zukunftsfähiges Wärmeversorgungskonzept – keine Klimaneutralität bis 2040!



Weitere Informationen:
Christine Kayser; Gerhard Groh;
Dieter Goldmann; spd@stadt.nuernberg.de

Rathaus-SPD fordert: Ein Gesundheitskiosk für Nürnberg

Die Covid-19-Pandemie hat uns einmal mehr aufgezeigt, wie wichtig die wohnortnahe Gesundheitsversorgung ist. Das Bundesprojekt „Gesundheitskiosk“ zeigt hierfür eine neue, alternative Herangehensweise und schafft eine niedrigschwellige Schnittstelle zwischen Ärzt*innen, Patient*innen und anderen sozialen Einrichtungen. Dort besprechen Fachleute mit den Betroffenen - ganz in Ruhe und wenn möglich in ihrer Muttersprache - was ihr Arzt oder ihre Ärztin genau diagnostiziert hat und was sie selbst dafür tun müssen, um schnell wieder gesund zu werden.

Nürnberg verfügt mit dem Pflegestützpunkt und den Seniorenetzwerken bereits über ähnliche Angebote. Besonders in sozial angespannten Stadtteilen könnte durch ein weiteres Angebot die Teilhabe an



den bereits vorhandenen Nürnberger Gesundheitsangeboten verbessert werden. Nicht selten scheitert der Gang zum Arzt an der Sprachbarriere oder an der Unkenntnis über vorhandene Angebote in der Umgebung. Ein Gesundheitskiosk kann die Nürnbergerinnen und Nürnberger durch allgemeine Beratungs- und Unterstützungsleistungen und die Koordinierung von Terminen bei der Gesundheitsversorgung und -Vorsorge unterstützen.

Die Finanzierung wird zwischen den Kommunen auf der einen und gesetzlicher und

privater Krankenversicherung auf der anderen Seite aufgeteilt. Die gesetzliche Krankenversicherung wird 74,5 % der Gesamtkosten, die private Krankenversicherung 5,5 % und die Kommunen 20 % der Gesamtkosten tragen. Die SPD-Stadtratsfraktion möchte ein vergleichbares Angebot wie in Hamburg auch in Nürnberg etablieren und beantragte von der Verwaltung nun ein Konzept, wie die Umsetzung aussehen könnte.

Weitere Informationen:
Jasmin Bieswanger;
spd@stadt.nuernberg.de



SPD für fränkischen Biergenuss:

Wir müssen unsere Brauereien erhalten!

Die zuletzt stark gestiegenen Rohstoff- und Energiepreise machen auch vor kleineren Brauereien nicht halt. Viele Betriebe kämpfen außerdem mit den niedrigen Pfandbeträgen für Kästen und Glasflaschen. Oft werden diese eher entsorgt als zum Händler zurückgebracht.

Die stellvertretende Vorsitzende der SPD-Stadtratsfraktion, Claudia Arabackj: „Es kann nicht sein, dass sich unsere Brauereien nach drei mageren Corona-Jahren und stark gestiegenen Rohstoffpreisen jetzt auch noch mit einem Mangel an Flaschen und

Bierkästen konfrontiert sehen, weil sich die Rückgabe für die Kunden gar nicht lohnt. Das Pfand sollte sich unbedingt auf dem Niveau der PET-Flaschen bewegen, damit es auch zurückgebracht wird!“

Der Pfandbetrag für eine Bierflasche aus Glas liegt am Automaten bei ganzen 8 Cent, für Dose und PET bei 25 Cent. Bei solchen Dumpingpreisen ist klar, dass das Glas oft eher im Müll landet. Die Materialien gehören preislich dauerhaft auf eine Ebene, damit das Mehrwegsystem nicht zur Farce wird.

Claudia Arabackj weiter: „Regionale Braukunst ist kein Selbstzweck. Die Betriebe schaffen Arbeitsplätze und bilden ein Gegengewicht zu den „Big Five“ – den großen Brauereikonzernen im Bundesgebiet. Außerdem kann niemand ernsthaft zur Importware, beispielsweise aus München, greifen wollen, wenn man Nürnberger Bier vor der Haustüre hat. Gerade deswegen ist es auch so wichtig, die Nürnberger Brauereien zu erhalten!“

Weitere Informationen:
Claudia Arabackj;
spd@stadt.nuernberg.de



SPLITTER

AUS DEM STADTRAT UND DEN STADTTEILEN

AB 1. APRIL: N-ERGIE FÖRdert BALKONKRAFTWERKE

Die N-Ergie gab bekannt, insgesamt 100 Balkonkraftwerke mit jeweils 100 Euro bezuschussen zu wollen. Die stellvertretende Vorsitzende der SPD-Stadtratsfraktion, Claudia Arabackj, freut sich über diese Entscheidung: „100 Euro sind eine stattliche Unterstützung für all diejenigen, die nicht die Möglichkeiten für eine große und teure Photovoltaik-Anlage haben. Auch durch diese kleinen Anlagen lässt sich ein guter Teil des täglichen Strombedarfs decken, solange das Wetter passt. Außerdem sind sie für jedermann zu montieren.“ Beantragen kann man die Förderung unter n-ergie.de.

EIN KINDER- UND JUGENDBÜRO FÜR BOXDORF UND UMGEBUNG

Der Jugendhilfeausschuss hat den Bau eines Kinder- und Jugendbüros im Knoblauchsland auf den Weg gebracht. Bevorzugter Ort wäre die „Neue Mitte Boxdorf“. Der Wunsch nach einer zentralen Anlaufstelle für Kinder und Jugendliche wurde bereits bei den Bürgerinformationsveranstaltungen rund um die neue Boxdorfer Mitte immer wieder vorgetragen. Jasmin Bieswanger, SPD-Stadträtin aus dem Knoblauchsland, steht den Plänen positiv gegenüber: „Wir freuen uns, dass das Jugendamt nun erste konzeptionelle Grundgedanken vorstellt und somit der Grundstein für ein Kinder-

und Jugendbüro gelegt wird. Natürlich wird noch einige Zeit bis zur Eröffnung vergehen, wir haben aber das Ziel im Blick.“

SPD FÜR „DEMOKRATIE-CHECK“ AUF DEM REICHPARTEITAGSGELÄNDE

Die SPD-Stadtratsfraktion fordert die Stadtverwaltung in einem aktuellen Antrag auf, einen solchen Check künftig in jedem Vertrag mit Veranstaltern und anderen Nutzern festzuschreiben, die das ehemalige Reichsparteitagsgelände, die Meistersingerhalle und die noch in Planung und Bau befindlichen Ermöglichungsräume für Kulturschaffende in der Kongresshalle nutzen möchten.